

Medienmitteilung vom Montag, 22. März 2021

Berner Regierungsrat lehnt Reparationszahlungen zugunsten der Opfer von Sklaverei ab

Im letzten Jahr wollte die AL Bern von Kanton und Stadt Bern wissen, ob aufgrund der Weiterentwicklung der historischen Forschung und des gestiegenen Unrechtsbewusstseins betreffend der Sklaverei die Frage nach Reparationszahlungen anders beurteilt wird als noch vor siebzehn Jahren.

Nachdem der Stadtberner Gemeinderat bereits im September 2020 die Anfrage beantwortet hat, liegt nun auch die Antwort der Regierung des Kantons Bern vor. Während die Stadtregierung immerhin Bestrebungen unterstützen will, «um das im Zusammenhang mit Sklaverei und Kolonialisierung begangene Unrecht anzuerkennen und aufzuarbeiten», sieht der Regierungsrat in seiner Antwort keinerlei Anlass, sich weiterführende Gedanken über die Verwicklungen des Staats Bern in dieses Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu machen.

Der Stadtberner Gemeinderat hielt in seiner Antwort fest, dass «der aktuelle Stand der historischen Forschung zweifelsfrei belegt, dass Schweizer und auch Berner Bürger, Unternehmer und Organisationen mehr oder weniger stark am System des transatlantischen Sklavenhandels beteiligt waren». Er anerkennt, dass es «aus moralischer Sicht ausser Frage steht, dass den Opfern der Sklaverei und des Sklavenhandels eine Wiedergutmachung für das erlittene Leid zusteht».

Der Regierungsrat stellt dagegen nur trocken fest: «Es besteht keine rechtliche Grundlage, die den heutigen Kanton Bern dazu veranlassen würde, die Frage einer materiellen Wiedergutmachung für finanzielle Transaktionen von Stadt und Republik Bern im 18. Jahrhundert erneut zu prüfen.»

Mit ihrer Fokussierung auf die Investitionen des alten Bern in die South Sea Company, beweist der Regierungsrat ausserdem, dass er nicht verstanden hat, wie sehr Berner Kaufleute, Bankiers, Auswanderer, Fabrikanten, Publizisten, Plantagenbesitzer, Spekulanten, Offiziere und Soldunternehmer an der Sklaverei beteiligt waren und damit zum Wohlstand von Kanton und Stadt Bern – vor und nach 1798 – beigetragen haben.

Die AL Bern ist von der ausweichenden Antwort des Regierungsrats in dieser Frage schwer enttäuscht. Wir stellen zu Beginn der Berner Aktionswoche gegen Rassismus fest, dass in den kantonalen Amtsstuben immer noch kein genügendes Bewusstsein besteht für die historische Verantwortung für das Leid und die Zerstörung, die Kolonialismus und Sklaverei angerichtet haben. Von diesem mangelnden historischen Bewusstsein der kantonalen Behörden verläuft eine direkte Linie zur unmenschlichen Behandlung von Asylbewerber*innen, Sans-Papiers und vorläufig Aufgenommenen im Kanton Bern, insbesondere in den so genannten «Rückkehrzentren».

Die AL Bern wird sich auch in Zukunft für die Würde und Rechte aller Menschen einsetzen. Es wird keine Gerechtigkeit und kein Leben in Würde für Alle geben, wenn die Fehler der Vergangenheit nicht anerkannt und aufgearbeitet werden. Dazu gehört auch, in der Diskussion mit den Nachfahren der versklavten Menschen eine Verständigung über eine materielle Wiedergutmachung zu suchen.

Für Rückfragen:

Christa Ammann (Grossrätin) 078 646 83 09

Tabea Rai (Stadträtin) 079 672 58 25

Im Anhang die Antwort des Regierungsrats mit rot markierten Kommentaren des Historikers Hans Fässler, der die AL beim Verfassen der Anfragen unterstützt hat.